

Jour fixe vom 26.06.2023

- 1. Fragen zu: Nachtrag zu „Letzte Generation“: Das Projekt „Gesellschaftsrat“
- 2. Zum „Manifest für Frieden“ von A. Schwarzer und S. Wagenknecht
- 3. Eine Woche Bildzeitung: Durchblick für das deutsche Proletariat (alle Artikel GSP 2-23)

1. Fragen zu: Nachtrag zu „Letzte Generation“: Das Projekt „Gesellschaftsrat“

— Im Artikel zur Letzten Generation in GS 1-23 findet sich das Zitat von Ministerpräsident Kretschmann: „Protest darf nicht eine Änderung in der Sache als Ziel haben, sondern nur den Appell dazu“. Kretschmann sieht die praktischen Klimafragen am besten bei sich und anderen Politikern aufgehoben, denn sie sind die gewählten Vertreter des Volkes, haben als solche die Macht im politischen Geschehen und bestimmen auch das Thema Klimapolitik. Mit dieser Klarstellung über Demokratie beginnt der Artikel im neuen GS 2-23.

Der neue Artikel fängt an mit dem Konsens in nahezu der gesamten Öffentlichkeit: die Letzte Generation habe die Pflicht, die praktische Absage, die sie erfährt, hinzunehmen; sie habe ein respektables Anliegen und dürfe darauf pochen, aber nicht erwarten, die Obrigkeit zu irgendwas nötigen zu können. So wird die Letzte Generation mit einer Lehre über Demokratie konfrontiert: Das demokratische Verfahren der Wahl ist eine *Ermächtigung*. Nur die dadurch Ermächtigten haben das Recht, die Gesellschaft oder Einzelne zur Beachtung von Vorschriften anzuhalten und gegebenenfalls auch zu zwingen.

Der Fortgang des Artikels ist, wie die Letzte Generation sich zu dieser Lehrstunde der Demokratie stellt.

— Die Letzte Generation akzeptiert diese Auskunft über die Demokratie gerade nicht. Sie will sich nicht damit abspesen lassen, dass Kretschmann und Co bestimmen, wo es lang geht. Aber statt sich mit den Zwecken und Zielen der Politiker auseinanderzusetzen, wollen sie das demokratische Verfahren ändern. Aus ihrer Sicht hat die Demokratie versagt, also muss sie anders gestaltet werden.

— Laut letzter Umfrageergebnisse haben 80% der deutschen Bürger die Aktivisten der Letzten Generation mit ihren Klebeaktionen als Störer verurteilt. Das stellt doch deren Annahme, sie vertrete 99% der Bürger gegen 1%, in Frage.

— Die Letzte Generation sieht zwar diese abweichenden Interessenlagen der Bürger, nicht gestört werden zu wollen. Aus ihrer Sicht ließen sich diese jedoch durch fachkundige Informationen überzeugen.

Von solchen Umfragen lässt sich die Letzte Generation nicht irre machen. Sie geht davon aus, dass alle ihr Anliegen teilen, die Welt durch geeignete Klimaschutzpolitik zu retten. Für das Ausbleiben der Rettung haben diese Aktivisten eine andere Erklärung: die Falschen 1% würden unzulässigerweise Einfluss auf die Politik nehmen – diese Ansicht gewinnen sie nicht aus einer Umfrage. Sie sind davon überzeugt, dass *alle* die Menschheit retten wollen (müssen). Aber die 1% hinderten unzulässigerweise die Politik daran, sich korrekterweise für Klimaschutz stark zu machen.

Diese felsenfeste Überzeugung ist die Grundlage für ihre Auffassung, die Politik habe versagt, denn in einer *wahrhaften* Demokratie könnten Politiker gar nicht anders, als ihr Klima-Anliegen korrekt zu verfolgen. Also müsste das demokratische Verfahren erst noch *wirklich* demokratisch gemacht werden.

— Dass die Letzte Generation „das bestehende demokratische Verfahren nicht hinnehmen will angesichts dessen, was dabei für ihr Anliegen herauskommt“, ist „sehr nachvollziehbar“ (S. 80). So, wie Demokratie funktioniert, geht ihr Anliegen der Weltrettung ja tatsächlich unter. Absurderweise kommen sie von daher ausgerechnet auf eine Verbesserung des Verfahrens, das ihre Anliegen untergehen lässt. Ein neues Organ, der Gesellschaftsrat, soll die Demokratie demokratischer machen.

Sie werden doch darauf gestoßen: Demokratisch gewählte, durch die Wahl in Amt und Würden gesetzte Politiker haben alle Freiheit zu entscheiden, was *sie* in Sachen Klimaschutz für sinnvoll halten, unabhängig davon, was sich ein Wähler beim Kreuzchen machen gedacht hat. Das demokratische Verfahren ist identisch damit, Politikern die Freiheit zu
55 geben, nach *ihren* Interessen und Kalkulationen zu agieren. Das ist der Ausgangspunkt für den Aktionismus der Klimaaktivisten und ihren konstruktiven Vorschlag, der keine Absage an die gewählten Politiker ist. Die sollen durch einen Gesellschaftsrat unterstützt und darauf verpflichtet werden, den *Mehrheitswillen* umzusetzen. Dieses seltsam ausgeklügelte
60 Verfahren ist Ausdruck einer absoluten Misstrauenserklärung: Die Politiker machen nicht, was fällig ist. Damit sie das machen, soll ihnen ein beratendes Gremium zur Seite gestellt werden – es sollen also weiterhin gewählte Politiker die Macht ausüben.

— *Das ist deren Demokratieidealismus: es wird ihnen vorgeführt, dass es in der Demokratie um Machtfragen geht, Politiker das Sagen haben und die Klimapolitik bestimmen. Daraus ziehen sie den Schluss, die Machtfrage müsse anders gestellt werden.*
65 *Ein Gesellschaftsrat, der die 99% repräsentiere, müsse der Politik als Ergänzung zur Seite gestellt werden, also eine neue demokratische Macht, die in ihrem Sinne ist.*

Aber wenn jemand einen Gesellschaftsrat will, stellt er doch nicht die Machtfrage.

— *Der Gesellschaftsrat soll sich im Interesse der Mehrheit in die Politik einmischen. Die Entscheidungen bleiben Entscheidungen der Politiker und damit bleibt auch die Machtfrage
70 entschieden.*

Das zeigt gerade, wie die Kritiker den Standpunkt der Ohnmacht – und nicht der Machtfrage – einnehmen. Sie behandeln ihr Anliegen gar nicht als die Frage seiner Durchsetzung, was ja ihr Ausgangsproblem ist, sondern als eine Frage mangelhaft realisierter Demokratie. Parlamentariern und Regierung soll ein neues Organ zur Seite gestellt werden, sie sollen
75 nicht abgeschafft und ihre Kompetenzen nicht bestritten werden. Das neue Organ soll sie mit darin organisierter Überzeugungskraft auf den richtigen Weg bringen. Die Machtfrage ist in der Demokratie doch durch die Wahl erledigt. Dadurch ist eine Regierungsmannschaft bis zur nächsten Wahl *ermächtigt*. Die idealistische Fassung davon lautet: weil sie von einer Mehrheit gewählt sind, seien sie dieser Mehrheit verpflichtet und müssten sich daran messen
80 lassen, ob sie den Mehrheitswillen realisieren. Diese *Lebenslüge* der Demokratie als Maßstab angelegt, ergibt ihren Befund, die Politik würde versagen, weil sie den Mehrheitswillen missachtete. Mit der Demokratie sei also was nicht in Ordnung.

— *Sie setzen explizit nicht Entmachtung der Regierung und des Parlaments auf die Tagesordnung. Die Machtfrage soll gar nicht gestellt, sondern in ihrem Sinne dirigiert
85 werden.*

Das ist der Wahnsinn vom Ausgangspunkt her. Sie werden damit konfrontiert, dass Demokratie ein Verfahren ist, mit dem Politiker in Amt und Würden gebracht werden, um die nächsten vier Jahre lang Regierungämter auszuüben und darüber zu entscheiden, was in Sachen Klimaschutz usw. passiert. Dabei müssen sie feststellen, ihr Anliegen wird gar nicht
90 ihren Vorstellungen gemäß verfolgt. Dazu kontrafaktisch beharren sie darauf: die Politik würde eigentlich wollen, was auch sie wollen. Deshalb suchen sie nach einem Verfahren, die Politik darauf zu verpflichten, ohne ihnen die Regierungsmacht zu bestreiten.

— *Mit der Forderung nach einem Gesellschaftsrat soll die repräsentative Demokratie nicht abgeschafft, sondern ergänzt werden, um ihre Handlungsfähigkeit herzustellen.*

95 — *Das Ärgerliche ist ihre Ignoranz gegenüber dem, dass sie genau wegen des Verfahrens so ohnmächtig der gewählten Macht gegenüberstehen.*

— *Die Letzte Generation teilt die Lebenslüge der Demokratie, dass die Umsetzung des Mehrheitswillens keine Macht- sondern eine Verfahrensfrage sei. Deshalb stellt sie nicht die Machtfrage, die zur Durchsetzung ihres Anliegens fällig wäre, und daher will sie auch
100 selber keine Machtposition erlangen.*

Genau auf solche Klarstellungen zielt der Artikel ab: Die demokratische Wahl ist die Methode des *Machterwerbs*. Demokratie ist keine Veranstaltung, bei der es darauf ankommt, einen Mehrheitswillen irgendwie geltend zu machen. Das erste große Missverständnis der Letzten Generation ist es zu meinen, bloß, weil Politiker mit Mehrheiten ins Amt gewählt werden, müssten sie einem wie auch immer zustande gekommenen Mehrheitswillen folgen.

105 — *Das ist das Ärgerliche an ihnen: die herrschende Demokratie wegen des Ausbleibens der von ihnen für nötig gehaltenen Politik für zu wenig demokratisch zu halten. Sie verwechseln das demokratische Verfahren des Machterwerbs mit einem Verfahren zur Durchsetzung dessen, was die Mehrheit will und was eine richtige Klimapolitik braucht.*

110 — *Ihre Idealvorstellung von Politik kommt ganz ohne Machtausübung aus. Sie fordern einfach den Vollzug eines Konsenses, der durch vernünftige wissenschaftliche Argumentation und den Austausch aller Argumente zustande kommt. Da kommt die Macht gar nicht vor als das, was sie ist.*

115 — *Ja, aber Demokratie funktioniert nun mal nicht so, sondern bei der Wahl geht es um Machterwerb. Die Gewählten buchstabieren dem Volk vor, was der Volkswille ist. Das ‚sehr ärgerlich‘ auf S. 80 ist wohl doppeldeutig gemeint: es bezieht sich auf das logisch Ärgerliche und auf die Bürger, die sich darüber aufregen, dass sie nicht in die Arbeit fahren können.*

120 Das „ärgerlich“ bezieht sich hier nicht auf den Bürger, der sich über die Letzte Generation ärgert. Hier geht es um den ärgerlichen Schluss der Letzten Generation: dass die Politik nicht das tut, was sie als Klimaaktivisten für notwendig halten, liegt für sie daran, dass der Mehrheitswille nicht zum Zuge kommt. Sie basteln an einem Verfahren, das garantieren soll, dass genau das, was der Mehrheitswille ist, und von dem sie ja auch schon längst wissen, worin er besteht, sich korrekt bilden kann und zum Zuge kommt. Sie haben kein Problem damit, dass die Leute nicht von vorne herein so ticken wie sie, sondern sie wollen gerade durch den Gesellschaftsrat den richtigen Mehrheitswillen herstellen, auf den die Politik hören muss.

125 — *Das Herstellen des Mehrheitswillens durch den Gesellschaftsrat geht dann nicht über eine normale demokratische Wahl, sondern über ein repräsentatives Losverfahren. Sie unterstellen dabei, dass die Leute in solchen Überlebensfragen der Menschheit umdenken und eine neue Politik fordern. Dabei ignorieren sie einfach Umfragen und die Zwecke der Obrigkeit, die genau dagegenstehen. Als nächstes wollen sie eine Fachexpertise einholen. Dabei wird der Klimawandel ja gar nicht bestritten und alle Fachleute in dieser Republik geben der Letzten Generation in der Sache ja recht.*

135 — *Wenn die Letzte Generation fordert, man soll „den Bürgern wieder mehr zutrauen“, knüpfen sie an die Vorstellung an, dass man gewählte Abgeordnete und Volksvertreter braucht, weil man bei den alltäglichen wichtigen Entscheidungen nicht immer die ganze Masse der Leute befragen kann, weil das erstens umständlich ist und zweitens die sich nicht auskennen. So kommen sie drauf, dass die von der Wissenschaft unterstützten und von den Betroffenen diskutierten Maßnahmen ganz automatisch zu Lösungen führen, die für alle am besten sind. Da muss man ihnen schon mal sagen, dass die Machtausübung der Gewählten in der Demokratie dafür da ist, dass der Staat den Leuten das vorschreibt, was im Staatsinteresse und nicht in ihrem unmittelbaren Interesse ist, also durchaus gegen sie gerichtet ist.*

145 Nochmal: Sie *verwechseln* das demokratische Verfahren, das dazu dient, die Machthaber durch die Mehrheitsentscheidung der Leute zu ermächtigen und damit von dem Volkswillen zu emanzipieren, mit der Vorstellung, dass Demokratie das, was für die Mehrheit gut ist, auch exekutiert. Weil das nicht in ihrem Sinne passiert, denken sie sich ein zusätzliches Verfahren aus, wie die Mehrheit entscheidend die Politik bestimmen kann.

150 Insofern sind sie in Bezug auf die Inhalte und Zwecke der Politik und auf die antagonistischen kapitalistischen Verhältnisse, die die Staatsgewalt in Kraft setzt und für

deren Gültigkeit sie sorgt, sehr ignorant: Die herrschenden Interessen, die von den Verhältnissen ja durchaus profitieren und um deren Interessen sich die Politik kümmert, kommen bei ihnen zwar vor, aber als die 1%. Die kennen sie damit nur in einer sehr verharmlosenden Weise: Das ist ja *bloß* die *Meinung* von einer absoluten Minderheit. Alles das, was gerade die *Räson* dieses Staates und das Programm dieser Politik ist, nehmen sie damit gar nicht zur Kenntnis.

Sie bescheinigen der Regierung Handlungsunfähigkeit anstatt dem mal nachzugehen, was das Interesse der 1% ist, was seitens der Politik ins Werk gesetzt wird und welchen Interessen die offizielle Klimaschutzpolitik dient. Daran könnte man sich klarmachen, warum das immer nicht so läuft, wie man es sich vorstellt. Sie nehmen das aber so zur Kenntnis, dass die Politik eigentlich gar nichts tun würde, den 1% ausgeliefert wäre und dadurch handlungsunfähig sei. Sie setzen sich mit einer Radikalität über alles das hinweg, womit sie konfrontiert sind, und machen den Standpunkt geltend: Das kann doch nicht wahr sein.

2. Zum „Manifest für Frieden“ von A. Schwarzer und S. Wagenknecht – Warum der Ruf nach Frieden nichts taugt

Warum taugt der Ruf nach Frieden generell nichts?

— *Die Überschrift bereitet Probleme: seit Kriegsbeginn ist man angewidert von den Kriegshetzern in den Talkshows und hält Wagenknecht und Schwarzer daher schon zugute, dass sie immerhin dagegen reden. Dem widerspricht die Aussage ‚das taugt nichts‘. Ich verstehe nicht, dass der Verweis Wagenknechts auf das Leid der Opfer ein Fehler ist, wo das doch für viele der Grund ist, gegen den Krieg zu sein.*

Das ‚Immerhin‘ blickt auf die Leute vom Standpunkt ‚welche sind mir sympathischer‘. Aber die Frage ist eine ganz andere und deren Beantwortung müsste einem das ‚Immerhin‘ vergällen. Die Antwort auf die Frage ‚Warum der Ruf nach Frieden nichts taugt‘ muss heißen: Wer ist denn nicht für Frieden, wer findet denn Krieg nicht schlecht, weil da so viele Tote anfallen! Das sagt doch jeder. Man muss sich klarmachen, was Frieden überhaupt heißt, wie Frieden und Krieg zueinanderstehen. Wenn man über die Sache nachdenkt, kommt man nicht zu einem Geschmacksurteil darüber, welcher einem lieber ist: der, der den Frieden fordert, weil so viele Opfer anfallen, oder der, der die Opfer bedauernswert aber nötig findet. Für Frieden zu sein ist ein dummer Standpunkt, weil dafür jeder ist. Daher wäre die nächste Frage: Frieden zu welchem Preis, zu welchen Bedingungen? Da merkt man, es geht darum, dass und wie Staaten gegeneinander kalkulieren.

— *Mit diesem ‚Immerhin‘ macht man sich mit seinem persönlichen Geschmack zum Subjekt der Beurteilung der Kriegs- und Staatshändel. Das ist kein Ausgangspunkt für eine Erklärung der Sachlage.*

Man kann ja diese Äußerungen in den Talkshows, die jede Eskalation im Krieg rechtfertigen und nach mehr schreien, furchtbar finden. Aber ist das Eintreten für Frieden wirklich ein Konter dagegen? Die Aussage: ‚Wir finden Krieg ganz furchtbar‘ macht gerade keine Opposition auf. Alle Kriegshetzer in den Talkshows geben gleichzeitig ihr Statement ab, wie furchtbar sie die Opfer finden und dass sie natürlich für ein baldiges Ende des Krieges sind. Der Einwand ‚mir wäre Frieden aber lieber‘ ist insofern völlig untauglich.

— *Mit ihrem Bekenntnis zum Frieden gehen die Friedensforderer keine Opposition gegen den Krieg ein, sie rennen offene Türen ein. Weil sie gerade keinen Einwand gegen die Zwecke und Ziele der drei Kriegsparteien haben, machen keine wirkliche Gegnerschaft auf. Die Verfasser des Friedensmanifests befassen sich gar nicht damit, welche Subjekte den Krieg mit welchen Zwecken führen. Sie sind pur für Frieden und greifen damit nicht die an, die sagen, dass sie Waffen schicken, um den Frieden wieder herzustellen.*

— *Es ist kein Argument gegen die Friedensforderer, dass sie die Kriegsparteien nicht angreifen. Das ist gar nicht ihr Anliegen. Sie wollen nur ihre individuelle Betroffenheit von*

dem Leid der Opfer ausdrücken. Man muss sie darauf hinweisen, welche Kriegsziele und -zwecke die Politiker haben, was die ja auch äußern.

— Zur Ergänzung: Über den Opfergedanken wird im Artikel (S. 65) gesagt, dass er ein
205 menschlicher ist, der „politisch gewollt blind“ ist. Wenn also die Friedensforderer aus der Perspektive der anfallenden Opfer für Frieden sind, ist das zwar menschlich, aber politisch total blind. An der Stelle muss man weitermachen und auf die Subjekte kommen, die die Opfer produzieren.

— Aber der Vorwurf an Wagenknecht, sie sei politisch blind, stimmt doch so nicht. Sie gilt
210 als eine politisch sehr engagierte Frau, die sich sehr deutlich gegen die Kriegshetzer in den Talkshows wendet.

Es ist ihr *erstes* Argument, im Namen der Opfer für den Ruf nach Frieden anzutreten: Wegen der Opfer muss möglichst schnell Frieden sein. Darin steckt die politische Ignoranz, so zu tun, als ob die Opfer vom Himmel fallen. Die Opfer sind aber das Resultat des kriegerischen
215 Gegensatzes von Staaten. Da gibt es kriegführende Parteien, in deren Kalkulationen die eigenen Opfer eingeschlossen und die beim Feind sogar bezweckt sind. Wenn man sich an diesen Opfern stört, müsste man sich darüber Gedanken machen, wer, aus welchen Gründen und mit welchen Zwecken, diese Opfer produziert. Das tut Wagenknecht aber nicht.

— Die Behauptung war auch nicht, sie sei politisch blind, sondern politisch gewollt blind.
220 Sie ist ja selber Politikerin. Sie stellt sich aber gar nicht auf den Standpunkt, ihre Kollegen ins Visier zu nehmen.

Die Frage ist doch, *in welcher Hinsicht* sie politisch ist. Sie betrachtet die Kriegslage und benennt die Subjekte, will sich aber nicht damit befassen, warum die den Krieg führen, welche Gegensätze sie austragen, was sie mit dem Krieg bezwecken. Indem sie davon
225 absieht, kommt sie zu politischen Urteilen wie, der Krieg sei sinnlos, nicht zu gewinnen. Sie ignoriert den Willen der Kriegsparteien mit Argumenten wie, der Krieg schade nur der eigenen Nation; es sei eine falsche Politik, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der auch zu Lasten der eigenen Bevölkerung geht; eigentlich habe sich die Politik um das Leid der kleinen Leute zu kümmern. Das sind ihre politischen Argumente und Aussagen (siehe auch
230 den folgenden Artikel „Die Linke und der Ukraine-Krieg in GS 2-23, S. 69). So ist sie *gewollt blind* dem gegenüber, worum es den Staaten in diesem Konflikt geht.

— Früher schon appellierten Pazifisten an Politiker, sie sollten Frieden herstellen. Ist dieser Appell nicht auch wieder ein Ruf nach Gewalt mit der Implikation, dass die zur Herstellung des Friedens nötige Gewalt eine gerechte Gewalt ist?

Die Verlängerung, wer nach Frieden ruft, wolle letztlich auch wieder Gewalt, eben eine gerechte, geht an dem Fehler der Friedensbewegten vorbei. Der Ruf nach Frieden kommt auf, weil Krieg herrscht. Das Manifest verweist auf Opfer und Leid und kommt mit der Unterstellung, das könne doch niemand wollen, zur Forderung nach Frieden. Das wird im Artikel als *politisch gewollt blind* angegriffen, angesichts dessen, dass gerade Krieg
240 stattfindet mit all den Rechtfertigungen, warum es die Opfer für die zu erreichenden Ziele unbedingt braucht. Dazu sagen die Friedensbewegten: Das kann doch niemand wollen – schaut auf die vielen Opfer! Selbst wenn Wagenknecht und Schwarzer zitieren, was die einzelnen Parteien als ihre Kriegsziele angeben, kommentieren sie das in dem Sinn, das könne ja wohl nicht deren Ernst sein. Angesichts der Opfer müssten sie doch dafür sein, dass
245 der Krieg sofort aufhört. So treten sie gegen die Subjekte des gerade laufenden Kriegs an: sie seien doch eigentlich als Subjekte für etwas anderes zuständig, nämlich für die Herstellung von Frieden.

Dagegen, den Verfassern und Unterzeichnern des Manifests zugute zu halten, dass sie
250 ‚immerhin‘ nicht solche Kriegshetzer sind wie die in den allabendlichen Talkshows, wendet sich auch der letzte Absatz des Artikels: das Erschrecken über die Toten im Krieg geht schon ziemlich an der Sache vorbei. Erschrecken müsste man, wenn dann doch über die derzeitige Politik und was sie sich alles an Zeitenwende, Aufrüstung, Waffenlieferungen usw. „zum

Nutzen des deutschen Volkes“ einfallen lässt. Stattdessen richtet sich der Appell des Manifests gerade an die Verursacher des Leids, die Subjekte, die den Krieg befeuern, sie müssten doch auch für Frieden, für das Beenden des Blutvergießens sein. Der Witz ist: Die Regierung soll sich *für das Gegenteil dessen einsetzen, was sie betreibt*, nämlich für die Beendigung des Kriegs.

— *Wie untauglich die Erschütterung über das Leid und die Opfer als Argument gegen den Krieg ist, sieht man auch daran, wie dasselbe genauso gut taugt zu der Aufforderung, mehr Waffen zu liefern, um den Feind, der ja allein an den Opfern schuld ist, umso entschiedener zu bekämpfen.*

— *Eine Aufklärung ist ja auch, dass Frieden nur in Frage kommt, wenn Russland total darnieder liegt.*

— *Fällt der Schlussabschnitt des Artikels auch unter das ‚gewollt blind‘? Aber Wagenknecht u. a. sind doch nicht für die Zeitenwende.*

Der kleine Schlussabschnitt wirft Schwarzer und Wagenknecht auch nicht vor, sie wollten doch auch die Zeitenwende. In dem Manifest beruft man sich darauf, dass der Kanzler zuständig ist für den „Nutzen des deutschen Volkes“, aber worin besteht der derzeit? Der Kanzler definiert den Vollzug der Zeitenwende als die Maßnahme, die derzeit Volk und Nation am besten nutzt. Das ist doch zur Kenntnis zu nehmen. Und in Anbetracht dessen ist es ein Fehler, sich alles Mögliche vorzustellen, was der Nutzen des deutschen Volkes eigentlich sein sollte, dem der Kanzler zu gehorchen habe. Erschreckend ist doch vielmehr, was der Kanzler jetzt im Vollzug der Zeitenwende alles *ins Werk* setzt.

3. Eine Woche Bildzeitung: Durchblick für das deutsche Proletariat

Wie agitiert die Zeitung jeden Tag aufs Neue die Leute, sich an den Verhältnissen abzuarbeiten, sich dabei einen Reim auf alles zu machen, womit sie es zu tun haben, was daran in Ordnung geht, was auszusetzen ist?

— *Im Anschluss an die Debatte über die demokratische Opposition (auf dem letzten Jour fixe) ergibt sich die Frage, wie sich die Agitation der Bildzeitung von der demokratischen Opposition unterscheidet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Zeitenwende als alternativlos zu unterstützen, indem sie für sich als alternatives Personal für diese Aufgabe des Regierens wirbt. Die Bildzeitung hält auch die herrschenden Zwecke für keiner Rede wert, sondern betrachtet sie aus dem Blickwinkel der kleinen Leute, als die von den Maßnahmen Betroffenen. Die kommen zu Ehren, indem sie den Laden am Laufen halten und sich mit ihren Nöten einteilen und irgendwie zurecht kommen. Das ist hier die besondere Agitation.*

In dem Artikel zur demokratischen Opposition (GSP 1-23) wurde dargestellt, wie die Parteien, die gerade nicht an der Regierung sind, dazu beitragen, den *Konsens* in dieser Gesellschaft mit der Regierung und der beschlossenen Zeitenwende herzustellen. Wie sie für sich als die bessere Alternative für das alternativlos Notwendige werben. Der BILD-Artikel soll kein Vergleich dazu sein, sondern stellt eine andere Art der Agitation vor, er zielt auch nicht extra auf die Zeitenwende ab.

Was leistet die Bildzeitung in der Agitation der Proleten dafür, dass sie sich mit ihrer Situation arrangieren?

— *Die Bildzeitung lobt den deutschen Arbeitsmann, der hart arbeitend unser Gemeinwohl mit seinen Tätigkeiten produziert und den ganzen Laden am Laufen hält. Sie holt die Menschen, die die schlecht bezahlten Jobs machen, bei ihrem Standpunkt ab, sich trotz aller Widrigkeiten jeden Tag aufs Neue für die Gesellschaft abzuarbeiten, weshalb sie Anerkennung für diese Aufopferung verdienen. Das ist die Grundlage für die Agitation der Bildzeitung.*

Ja, die Bildzeitung holt sie bei ihrem Standpunkt ab und zugleich stellt das Blatt diesen Standpunkt her, indem es ihn tagtäglich mit Material versorgt, bebildert und ihn damit *festigt*.

— *Dieser Standpunkt wird permanent gepflegt und muss gepflegt werden.*

305 Die Bildzeitung spricht die Leute in der Weise an, wie sie sich selber verstehen, und bestätigt sie darin – dieser Zirkel ist das. Entscheidend ist aber, *wie* sie sich verstehen, *wie* sie angesprochen werden. Die Bildzeitung will ihnen nicht einfach nur den Respekt zollen, den sie sich wünschen. Sie präsentiert die Leute, die tagtäglich gezwungen sind, miese Jobs zu niedrigem Lohn zu machen, als ehrenwerte Leute, als Personen, die es sich zur Aufgabe
310 und zu ihrem Lebensinhalt gemacht haben, einen Beitrag zum großen Ganzen zu leisten. Sie spricht ihre Leser an als die, die für andere da sind, darin sind sie respektable Leute. Sie bebildert, wie großartig die Leute darin sind, jeden Morgen früh aufzustehen, sich reinzuhängen und, egal wie niedrig der Lohn ist, zu schauen, dass sie ihren Job machen. Das ist eine Lüge. Es ist ja nicht die charakterliche Qualität der Leute, sondern der *stumme*
315 *Zwang der Verhältnisse*, der ihnen *keine Wahl* lässt, jeden Tag aufs Neue ihren Dienst abzuliefern. Die werden von BILD darin als ehrenwerte Leute angesprochen, die sich Mühe geben und sich jeden Tag aufs Neue anstrengen, mit allem klar zu kommen. Genau als diese soll man sie auch anerkennen.

— *So „zur Quelle ihrer Ehre veredelt“ erscheint die Lohnarbeit, die all die Nöte hervorrufft, als eine selbst gewählte Aufgabe, bei der dem Arbeitenden kein Weg zu weit, keine Anstrengung für das Gemeinwohl zu schwer ist. Das ist auch die moralische Anerkennung dessen, was sie mit ihren Jobs für das Gemeinwohl leisten und herstellen. Die Dienste des Proletariats an Staat und Volk kommen in dieser veredelten Form vor. So werden sie angesprochen. Und das ist der Leitgedanke: Die Agitation der Arbeiterschaft beruht darauf, dass sie den Zwang, aus dem heraus sie ihren Dienst leisten, als unschlagbar nützlichen Dienst, der ihnen zur Ehre gereicht, veredeln. Das ist die moralische Agitation des Volkes.*

Im Artikel kommt raus, dass die Bildzeitung nicht für diesen Standpunkt agitiert, sondern von ihm ausgeht und ihn mit Material unterfüttert. Für den, der sich selber als den begreift,
330 den die Bildzeitung vorher geschildert hat, äußert sie, wie unzufrieden er mit der Politik sein muss und dass er auch ein Recht hat, damit unzufrieden zu sein. Die Agitation für diesen Standpunkt geht darüber, lauter Gründe für Unzufriedenheit mit der Politik zu äußern und dafür Material zu liefern. So werden die Leute in ihrer Rechtschaffenheit bestätigt, darin, wie richtig sie mit dem liegen, was sie treiben.

335 — *Die Bildzeitung bestätigt den Leuten also nicht (nur) ihren guten Charakter, sondern lobt sie für ihre Leistung, die notwendigen Dienste für die Allgemeinheit zu bringen und dies ganz frei zu ihrer Aufgabe zu machen.*

— *Die Leute haben laufend mit den Beschlüssen der Politik tun, mit Maßnahmen, die ihnen nicht gut bekommen und mit denen sie natürlich unzufrieden sind. Die Berechtigung ihrer Unzufriedenheit, die es ja notwendigerweise gibt, macht sich die Bildzeitung zum Thema, anerkennt sie und gibt ihr ein Sprachrohr.*

Die Leute werden als diese redlichen Menschen angesprochen, die sich die Hände schmutzig machen, sich Mühe geben, ihren Job zu bewältigen, schauen, dass sie irgendwie über die Runden kommen und dafür sorgen, dass die Gemeinschaft vorankommt. Von dem her muss
345 man sich als erstes klarmachen, *welche Art von Unzufriedenheit* da seitens der Bildzeitung thematisiert wird. Wenn Bezug auf steigende Preise für Heizen, Strom und Benzin genommen wird, hat das den sehr spezifischen Inhalt, dass sie den Leuten, die alle Hände voll zu tun haben, ihr Leben zu bewältigen, in der Weise Recht gibt, dass das für diese erstens schwierig ist und sie zweitens sich von der Politik erwarten können, dass die es
350 ihnen nicht so schwer macht, dass es gar nicht mehr geht. Es ist schon eine besondere Art von Unzufriedenheit, die seitens der Bildzeitung ins Recht gesetzt wird. Den Leuten Recht zu geben auf ein Stück Wohlstand, zumindest ein Auto und einmal Urlaub im Jahr, als ein Recht, das Habeck nicht kaputt machen darf, ist die Art und Weise, die Leute auf das einzuschwören, worauf sie festgelegt und wofür sie vorgesehen sind. ,Darum geht es, darauf

355 habt ihr einen Anspruch und das darf euch nicht kaputt gemacht werden‘, so geht deren Agitation.

— *In dieser Art der Unzufriedenheit Recht zu geben, liegt eine prinzipielle Affirmation der Verhältnisse, mit denen die Leute sich herumschlagen. Sie werden sowohl in ihren Versuchen anerkannt, das hinzukriegen, wie auch in dem Recht, von der Politik zu verlangen, dass die*
360 *ihren Ansprüchen gerecht wird. Das ist zwar in Wahrheit nicht kommensurabel, durch die Bildzeitung erscheint es aber so.*

Was dem „kleinen Mann“ da als berechtigter Anspruch konzidiert wird, sind aber nicht seine wirklichen Ansprüche, sondern BILD weiß, was ihn ausmacht, und anerkennt das: das
365 *Wohlstand*, auf den er einen berechtigten Anspruch hat. Diese Sorte *Festlegung* der Leute auf die Zumutungen, die ihr Leben kennzeichnen, und darauf, was ihnen deshalb zusteht, ist das erste, was die Zeitung propagiert, um den Leuten im weiteren ihr Recht zuzugestehen, fordern zu dürfen, das dürfe ihnen nicht verunmöglicht werden.

— *In der Art, wie ihrer Unzufriedenheit recht gegeben wird, ist – ohne dass es überhaupt*
370 *ausgesprochen wird – die entscheidende Quelle ihrer Unzufriedenheit, ihre Stellung in der kapitalistischen Konkurrenz, unterstellt und affirmiert.*

Sie wird auch dadurch affirmiert, dass gar nicht über die Gründe dieser Zumutungen geredet wird, sondern diese gleich mit einem ungeziemenden Umgang der Politiker mit ihnen erklärt wird. Habeck wird z.B. nicht für die staatlichen Ziele kritisiert, die er zum Schaden der
375 Leute verfolgt, sondern weil er einer wäre, der gerne herumkommandiert, Vorschriften macht und ideologisch ist.

Eine weitere Leistung der Bildzeitung an der Stelle ist, dass sie nicht dabei bleibt, nachzurechnen, was alles um wie viel teurer wird, sondern der eigentlicher „Hammer“ ist:
380 der Mensch – der ja sonst mit allem zurechtkommt und mit allem zurechtkommen will – muss sich glatt umstellen, kann es nicht mehr so machen, wie er es bisher gehandhabt hat, denn die Grünen wollten ihn umerziehen und ihm seine Freiheit rauben. Das soll der eigentliche Anschlag auf den respektablen „kleinen Mann“ sein: gar nicht mehr die Preise, die er zahlen muss, sondern, dass ihm in seine Freiheit, sich irgendwie selbstständig und selbstbewusst über die Runden zu bringen, reingeredet wird.

— *Es wird aber ja schon an den Preisen festgemacht, dass ihnen die Art und Weise grüner Politik eine Lebensumstellung zumutet, ihnen ihr bisheriges Leben so nicht mehr möglich macht.*

Die Preise sind der Ausgangspunkt. Die Leute haben sich eingerichtet, schauen, dass sie über die Runden kommen. Dann sind neue Energievorschriften oder
390 Klimaschutzmaßnahmen ein Durcheinanderbringen von ihren bis gestern gepflegten Kalkulationen und Weisen des Zurechtkommens. Schritt eins ist, dass ihnen vorgerechnet wird, was alles steigt; die hohen Preise als Ausgangspunkte für die Kalkulationen der Leute werden nicht bestritten, sondern es wird sich darauf berufen. Der Fortgang ist, dass sich die Leute jetzt neu *einstellen* müssen. Diesen *wirklichen* Hammer, dass sie mit dem gleichen
395 Geld mehr Ausgaben haben, diese Zumutung *übersetzt* die Bildzeitung im nächsten Schritt in „jetzt werden Vorschriften gemacht“: sie sollen mit dem Fahrrad zum Baggersee fahren statt mit dem Flugzeug nach „Malle“ zu fliegen.

Warum die Preise erhöht werden, damit beschäftigt sich diese Zeitung nur insofern sie Schuldige dafür sucht. Einerseits kommen also Gründe, warum die Menschen es schwer
400 haben, nie vor, sondern Bild präsentiert Schuldige (Gierbosse), die ihre eigentlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auf der anderen Seite stehen die Leute, die sich auf die neue Situation einstellen müssen und schauen, wie sie damit *umgehen*. Da ist BILD behilflich, wie sie das als cleverer „kleiner Mann“ letztlich auch schaffen können.

Laut Bild macht sich die grüne Partei auch noch in dem Sinne schuldig, dass sie mit ihren
405 unsinnigen Vorschriften glatt Arbeitsplätze in Deutschland aufs Spiel setzen würde. So käme

sie auf die Abhängigkeit der Leute zu sprechen: die Politik gefährde, dass sich die Leute an einem Arbeitsplatz nützlich machen können.

— *Neben den Bildlesern gibt es ja auch die, die über die Bildzeitung die Nase rümpfen, die „gehobenen Stände“, die die Bildzeitung sicherlich falsch kritisieren, weil sie z.B. die Ausländerhetze der Bild nicht leiden können. Die Freiheits- und Einteilungsargumente teilen sie ja.*

Nicht-Bildzeitungsleser werden von ihren Zeitungen auch nicht groß anders angesprochen. In deren Besprechungen und Klagen bezüglich der Energiewende heißt es, die Leute müssten mitgenommen werden, damit sie die Energiewende schultern können, und das Hauptargument der CSU in Bayern – auch im Hinblick auf den Wahlkampf – ist, dass die Grünen eine Verbotsparterie sind und die Menschheit umerziehen wollen. Es mag sein, dass die Kritik anders daherkommt, aber der Gehalt, wie Kritik geübt wird, wie Unzufriedenheit formuliert, was zu bedenken gegeben wird, ist nicht sehr anders. Auch wenn sich die Parteien untereinander kritisieren, z.B. in Sachen Energiegesetz, ist das Hauptargument, die Leute würden überfordert. Der Anwurf Richtung Grüne „Bevormundungspartei“ ist auch überall ziemlich durchgesetzt.

Der Unterschied ist, dass die Bildzeitung im Namen des „kleinen Mannes“ antritt und ihm Hilfestellung leistet. Dieses dezidierte „wir sind das Arbeiterblatt, wir sprechen im Namen der „kleinen Leute““ macht die Süddeutsche Zeitung natürlich nicht.

425 *

Beim **nächsten Jour Fixe am 10. Juli 2023** werden noch offene Fragen zu dem Artikel „Eine Woche Bildzeitung“ besprochen; außerdem Fragen zum aktuellen Aufstand der Wagner-Gruppe in Russland. Ansonsten geht es weiter mit der Kriegs-Chronik „Episoden des dementierten Russland-NATO-Kriegs“ (GS 2-23).

430 Wie immer werden die Themen auf der Website des GegenStandpunkt bekannt gegeben.